

NIEDERSCHRIFT

Körperschaft:	Gemeinde Bad Zwischenahn		
Gremium	Rat der Gemeinde		
Sitzung am:	Dienstag, 06.03.2012		
Sitzungsort:	Gastwirtschaft "Ohrweger Krug", Ohrwege, Querensteder Straße 1		
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr	Sitzungsende:	20:25 Uhr

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Sitzungsteilnehmer:

Ratsvorsitzender

Herr Jochen Finke CDU

die weiteren Mitglieder des Rates

Herr Bürgermeister Dr. Arno Schilling	Bürgermeister	
Herr Edgar Autenrieb	GRÜNE	
Frau Monika Blankenheim	SPD	
Frau Annegret Bohlen	SPD	
Frau Inga Brettschneider	GRÜNE	
Frau Maria Bruns	CDU	
Herr Diethard Dehnert	UWG	bis 20:00 Uhr, TOP 7
Herr Detlef Dierks	SPD	bis 19:35 Uhr, TOP 4.5
Herr Henning Dierks	SPD	
Herr Ralf Haake	CDU	
Herr Dieter Helms	CDU	
Herr Karl-Heinz Hinrichs	SPD	
Herr Jan Hullmann	UWG	
Frau Manuela Imkeit	SPD	
Herr Bernd Janßen	FDP	
Herr Arne Keil	GRÜNE	
Herr Peter Kellermann-Schmidt	CDU	
Herr Georg Köster	GRÜNE	
Herr Werner Kruse	SPD	
Herr Gerhard Langner	CDU	
Frau Beate Logemann	SPD	
Frau Beate Lüttmann	CDU	
Herr Dr. Frank Martin	CDU	
Herr Dietmar Meyer	SPD	
Herr Wolfgang Mickelat	SPD	
Herr Egon Oetjen	UWG	
Herr Helmut Ohlert	SPD	
Herr Stefan Pfeiffer	CDU	bis 20:00 Uhr, TOP 7
Frau Karin Rohé	GRÜNE	
Herr Christian Schlieker	CDU	
Herr Ludger Schlüter	GRÜNE	
Herr Klaus Warnken	CDU	
Herr Evert-Geert Wassink	CDU	
Herr Dr. Peter Wengelowski	SPD	
Herr Dr. Horst-Herbert Witt	FDP	
Herr Klaus Wolf	CDU	

Verwaltung

Herr Wilfried Fischer
Herr Carsten Meyer
Herr Rolf Oeljeschläger
Frau Sabine Krüger
Frau Heidi Schüll

bis 19:04 Uhr, TOP 4.4

Tagesordnung:

Seite:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|------|--|----|
| 1. | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | 4 |
| 2. | Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 13.12.2011 (Protokoll Nr. 6) | 4 |
| 3. | Verwaltungsbericht einschließlich Anregungen und Beschwerden an den Rat | 4 |
| 3.1. | Bad Zwischenahn - Ansichten
hier: Kunstausstellung | 4 |
| 3.2. | Internationaler Frauentag 2012
hier: Veranstaltung zum 08. März | 5 |
| 3.3. | Straßensanierungen 2012, Förderungen nach „PROFIL“ und Straßenbaumaßnahmen
im Rahmen des Flurneuordnungsverfahrens in Dänikhorst | 5 |
| 3.4. | Statistische Berichte 2011 | 6 |
| 4. | Beratung und Beschlussfassung über die Beschlussvorschläge | 6 |
| 4.1. | Umbesetzung im Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Fremdenverkehr
Vorlage: BV/2012/014 | 6 |
| 4.2. | Umbenennung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Fremdenverkehr
- WuFF vom 13.02.2012 (Protokoll Nr. 15), TOP 5 -
- VA vom 28.02.2012 (Protokoll Nr. 18), TOP 7.2 -
Vorlage: BV/2012/017 | 7 |
| 4.3. | Nachfolgenutzung für das Gelände des ehemaligen Bundeswehrkrankenhauses in
Rostrup
hier: weiteres Verfahren
- PIEnUm vom 14.02.2012 (Protokoll Nr. 16), TOP 6 -
- PIEnUm vom 28.02.2012 (Protokoll Nr. 17), TOP 4 -
- VA vom 28.02.2012 (Protokoll Nr. 18), TOP 7.1 -
Vorlage: BV/2012/015
Vorlage: BV/2012/015/1 | 7 |
| 4.4. | Haushalt 2012
a) Haushaltssatzung
b) Stellenplan
c) Investitionsprogramm 2012 bis 2015
- WuFF vom 19.12.2011 (Protokoll Nr. 7), TOP 4 -
- WuFF vom 13.02.2012 (Protokoll Nr. 15), TOP 6 -
- VA vom 24.01.2012 (Protokoll Nr. 14), TOP 7.1 -
- VA vom 28.02.2012 (Protokoll Nr. 18), TOP 7.3 -
Vorlage: BV/2011/172 und BV/2011/177
Vorlage: BV/2012/018 | 13 |

4.5.	Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen - VA vom 28.02.2012 (Protokoll Nr. 18), TOP 7.4 - Vorlage: BV/2012/024	17
4.6.	Errichtung einer Photovoltaikanlage in Ekern hier: weiteres Verfahren - VA vom 28.02.2012 (Protokoll Nr. 18), TOP 7.5 - Vorlage: BV/2012/028 Vorlage: BV/2012/028/1	17
4.7.	Antrag des Kreissportbundes Ammerland e. V. hier: Beteiligung an den Sitzungen des Sportausschusses - KultSportA vom 23.01.2012 (Protokoll Nr. 13), TOP 4 - - VA vom 28.02.2012 (Protokoll Nr. 18), TOP 7.7. - Vorlage: BV/2011/180	17
4.8.	Berufung von Feuerwehrführungskräften in das Ehrenbeamtenverhältnis - VA vom 28.02.2012 (Protokoll Nr. 18), TOP 7.8 - Vorlage: BV/2012/021 Vorlage: BV/2012/021/1	18
4.9.	Widmung der historischen Wegeverbindung zwischen Metjendorf und Ofen - VA vom 24.01.2012 (Protokoll Nr. 14), TOP 7.2 - Vorlage: BV/2012/007	18
4.10.	2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 51 -Elmendorf- hier: Behandlung des Ergebnisses der öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbe- schluss - PIEnUm vom 14.02.2012 (Protokoll Nr. 16), TOP 9 - - VA vom 28.02.2012 (Protokoll Nr. 18), TOP 7.9 - Vorlage: BV/2012/001	19
5.	Anfragen und Hinweise	19
5.1.	Änderung der Geschäftsordnung	19
5.2.	Baumfällaktionen	20
5.3.	Umgestaltung Badestrand im Kurpark	20
6.	Einwohnerfragestunde (ca. 18:00 Uhr)	21
6.1.	Nachfolgenutzung für das BWK-Gelände	21

Nicht öffentlicher Teil

Zu Beginn der Sitzung erinnert BM Dr. Schilling an den verstorbenen ehemaligen Ratsherrn Jan Frers. Er gehörte dem Rat der Gemeinde von 1976 bis 1991 an und war in der Zeit Mitglied im Bau- und Bauleitplanungsausschuss, im Straßen- und Verkehrsausschuss, im Ausschuss für Natur und Umwelt, im Schulausschuss sowie im Ausschuss für das Feuerlöschwesen. Im Sozialaus-
schuss war er zeitweise auch Vorsitzender. 25 Jahre lang habe er als Gründungsmitglied außer-
dem dem Ortsverein Kayhausen vorgestanden. Die Pflege der plattdeutschen Sprache sei ihm
eine Herzensangelegenheit gewesen. Die Gemeinde werde sein Andenken in Ehren halten.

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Ratsvorsitzender Finke eröffnet die Sitzung.

Es werden einstimmig festgestellt:

- a) die rechtzeitige Übersendung der Tagesordnung,
- b) die Beschlussfähigkeit,
- c) die Tagesordnung, wie sie zu Beginn der Niederschrift aufgeführt ist.

Der Tagesordnungspunkt 6 „Einwohnerfragestunde“ wurde wegen fortgeschrittener Zeit nach dem Tagesordnungspunkt 4.3 „Nachfolgenutzung für das Gelände des ehemaligen Bundeswehrkrankenhauses“ behandelt.

2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 13.12.2011 (Protokoll Nr. 6)

Der öffentliche Teil der Niederschrift vom 13.12.2011 (Protokoll Nr. 6) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 10 -

3 Verwaltungsbericht einschließlich Anregungen und Beschwerden an den Rat

3.1 Bad Zwischenahn - Ansichten hier: Kunstausstellung

Die Gemeinde Bad Zwischenahn hat alle interessierten Künstlerinnen und Künstler aufgerufen, ein Objekt mit dem Thema „Bad Zwischenahn - Ansichten - wie sehen sie Bad Zwischenahn? - Was ist für sie typisch für den Kurort oder wichtig oder traditionell?“ - zu erstellen.

Die Ausstellung soll im Rathaus in der Zeit vom 13. September bis 09. November 2012 gezeigt werden.

Bisher haben sich 93 Interessierte gemeldet, die an dieser Kunstausstellung im Rathaus teilnehmen möchten.

- 40 -

3.2 Internationaler Frauentag 2012 hier: Veranstaltung zum 08. März

Die Gleichstellungsbeauftragten der Gemeinde Bad Zwischenahn und der Gemeinde Edevecht haben zum 08. März 2012 eine Theateraufführung in der Wandelhalle in Bad Zwischenahn angeboten.

Sabine Krüger wird das Ein-Frau-Stück „Meine tolle Scheidung“ aufführen. Die Erstveranstaltung am 08. März war bereits nach kurzer Zeit mit 350 Eintrittskarten ausverkauft. Es wurde eine weitere Veranstaltung am 09. März angeboten, die ebenfalls ausverkauft ist.

Die beiden angebotenen Veranstaltungen werden dann in Bad Zwischenahn von insgesamt 700 Menschen besucht. Eine weitere Vorstellung ist im Moment nicht geplant. Ob es eine neue Auflage des Stückes noch einmal geben wird, ist bisher noch nicht geklärt.

- GSB -

3.3 Straßensanierungen 2012, Förderungen nach „PROFIL“ und Straßenbaumaßnahmen im Rahmen des Flurneuordnungsverfahrens in Dänikhorst

In diesem Jahr werden ein Teilbereich der Hermann-Löns-Straße in Kayhausen sowie der Schwalbenweg und der Urnenweg in Ohrwege saniert. Die Maßnahmen sollen bis Mitte des Jahres abgeschlossen sein. Das öffentliche Ausschreibungsverfahren der Bauleistungen läuft zurzeit.

Mit Fördermitteln aus dem PROFIL- Förderprogramm wird in diesem Jahr ein ca. 325 m langes Teilstück der Heinrichstraße (ab Windmühlenstraße) saniert. Es handelt sich um eine denkmalgeschützte Klinkerstraße. Die vorhandenen Klinker werden aufgenommen und neu verlegt. Die Baumaßnahme soll bis Ende Juli d. J. fertig gestellt sein. Das öffentliche Ausschreibungsverfahren läuft zurzeit. Die Förderquote nach PROFIL beträgt 50 % der Netto-Baukosten.

Ebenfalls mit Fördermitteln aus dem PROFIL- Programm wird in diesem Jahr die Sanierung eines rund 530 m langen Teilstücks des Portsloger Damm in Kayhauserfeld vorgenommen. Da im geplanten Ausbaubereich zwischen der Alpenrosenstraße und dem Birkenweg unterschiedlich starke und wenig tragfähige Torfschichten festgestellt wurden, ist für die dauerhafte Sanierung der Fahrbahn eine Totalauskoffering der Moorauflagen im Bereich der öffentlichen Wegemasse und die Wiederverfüllung der Auskoffering mit frostsicherem Füllsand vorgesehen.

Die Bäume im Straßenseitenbereich, deren Abstand zum geplanten Fahrbahnrand weniger als 4,00 m beträgt, werden in diesem Winter gefällt, da sie im Bereich der Auskoffering stehen bzw. deren Standsicherheit nach der Durchführung der Erdarbeiten nicht gewährleistet werden kann. Eine Ersatzpflanzung ist vorgesehen.

Mit dieser Baumaßnahme wird im März begonnen. Mit einer Fertigstellung ist Mitte des Jahres zu rechnen.

Von der Teilnehmergeinschaft des Flurneuordnungsverfahrens in Dänikhorst wurde beschlossen, in diesem Jahr im Gebiet der Gemeinde Bad Zwischenahn zunächst den Ausbau eines ca. 1.170 m langen Abschnitts der Straße Ollendamm durchzuführen.

Die Maßnahme Ollendamm wird kurzfristig ausgeschrieben. Die Ausführung ist für das Frühjahr bzw. den Frühsommer vorgesehen. Auch hier ist eine Totalauskoffering der Moorlagen im Bereich der öffentlichen Wegemasse und die Wiederverfüllung der Auskoffering mit frostsicherem Füllsand vorgesehen.

- 66 -

3.4 Statistische Berichte 2011

Die statistischen Jahresberichte der Gemeinde und der Bad Zwischenahner Touristik GmbH für 2011 sind zu Beginn der Sitzung an die Ratsmitglieder verteilt worden.

Der Jahresbericht der Gemeinde wird nach der Ratssitzung auch im Internet unter der Adresse „www.bad-zwischenahn.de“ in der Rubrik „wirtschaftlich“ unter „Zahlen, Daten, Fakten“ veröffentlicht.

- 10 -

4 Beratung und Beschlussfassung über die Beschlussvorschläge

4.1 Umbesetzung im Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Fremdenverkehr **Vorlage: BV/2012/014**

Die FDP-Fraktion hat eine personelle Veränderung im Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Fremdenverkehr beantragt. Ratsmitglied Dr. Horst-Herbert Witt soll den Sitz im Fachausschuss von Ratsmitglied Bernd Janßen übernehmen.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde stellt die Umbesetzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Fremdenverkehr durch Beschluss fest.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 10 -

4.2 Umbenennung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Fremdenverkehr **- WuFF vom 13.02.2012 (Protokoll Nr. 15), TOP 5 -** **- VA vom 28.02.2012 (Protokoll Nr. 18), TOP 7.2 -** **Vorlage: BV/2012/017**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Fremdenverkehr wird umbenannt in „Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Tourismus“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 10 -

4.3 Nachfolgenutzung für das Gelände des ehemaligen Bundeswehrkrankenhauses in Rostrup **hier: weiteres Verfahren** **- PEnUm vom 14.02.2012 (Protokoll Nr. 16), TOP 6 -** **- PEnUm vom 28.02.2012 (Protokoll Nr. 17), TOP 4 -** **- VA vom 28.02.2012 (Protokoll Nr. 18), TOP 7.1 -** **Vorlage: BV/2012/015** **Vorlage: BV/2012/015/1**

Einleitung FBL Meyer

Aufgrund der Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschuss, Fördermöglichkeiten für Naturschutz- und Renaturierungsmaßnahmen zu prüfen, habe man sich kurzfristig bei MCON in Oldenburg sowie beim Umweltministerium (MU) erkundigt, erklärte FBL Meyer. Der Vertreter des Ministeriums habe zunächst darauf verwiesen, dass es bei der Beurtei-

lung auf eine konkrete Darlegung des Zwecks und des Ziels der jeweiligen Förderung ankomme. Grundsätzlich müssten Anträge für die Fördermaßnahme „Entwicklungsmaßnahmen für Natur und Landschaft“ über die Unteren Naturschutzbehörden an das NLWKN gestellt werden.

Für 2012 seien alle Mittel gebunden, Anträge für 2013 bis zum 30.06.2012 zu stellen. Da das Förderprogramm Ende 2013 auslaufe, stünden im nächsten Jahr weniger Mittel als in den Vorjahren zur Verfügung. In Brüssel werde zurzeit darüber diskutiert, ob das Förderprogramm in 2014 fortgeführt werde. Eine 100%-ige Förderung gebe es nur bei Landesmaßnahmen, berichtet FBL Meyer weiter. Bei kommunalen Maßnahmen bestehe laut Auskunft des MU eine maximale Förderquote von 80 %. Bei der Beurteilung von Zuschussanträgen sei es von nicht unerheblicher Bedeutung, ob es sich um Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete oder Natura 2000-Gebiete handele. Die Förderfähigkeit werde dann anhand einer Bewertungsmatrix geprüft. Laut Einschätzung des MU übersteige aber die Maßnahmensumme für Kosten des Grunderwerbs, Freiräumen des Geländes und die anschließende naturnahe Gestaltung den Rahmen bisheriger Anträge. Auch seien nach seiner Kenntnis bislang nur Anträge in Naturschutzgebieten, FFH-Gebieten oder Natura 2000-Gebieten in den Genuss einer Förderung gekommen. Der Vertreter des MU ging dann noch auf andere Förderungsprogramme aus seinem Hause ein; wo aber hier entweder ein Naturpark oder aber Flächen im Biosphärenreservat Elbtalau bzw. in den Nationalparks Wattenmeer bzw. Harz vorrangig profitieren würden.

Stellungnahmen der Fraktionssprecher

CDU Fraktion

RM Frau Bruns stellt für die CDU-Fraktion den **Antrag**, den nunmehr vorliegenden Entwurf des Eckwertepapiers wie folgt zu ändern:

Zu 1: „Die Grundfläche soll wie im vorhergehenden Verwaltungsvorschlag 26.000 m² betragen.“

Zu 2: „Die neue Bebauung auf dem Bundeswehrgelände soll im Rahmen der derzeitig vorhandenen alten Bebauung verwirklicht werden. Gestrichen werden solle der Absatz der Verwaltung: „Die ganz überwiegende Bebauung bezogen auf die Grundfläche ist zwischen dem Bachstelzenweg und der Elmendorfer Straße vorzusehen. Die Bebauung zwischen dem Bachstelzenweg und dem Meer soll in „aufgelockerter Form“ entstehen und darf die I-Geschossigkeit nicht überschreiten. Zudem soll sie in Richtung des Zwischenahner Meeres in ihrer Dichte abnehmen. Die Gebäudehöhe (Firsthöhe) soll 10 m nicht übersteigen.“

RM Frau Bruns führt weiter aus, die CDU Fraktion halte eine Reduzierung der zulässigen Grundfläche auf dem Bundeswehrgelände von 35.000 m² auf 20.000 m² für falsch. Dies gelte insbesondere für eine erfolgreiche Vermarktung sowie für eine landschaftlich sinnvolle Einbindung von Gebäuden in das Erscheinungsbild des Geländes. Der Antrag der CDU stelle bereits einen Kompromiss zum bisherigen Eckwertepapier dar. Die Grundfläche von 26.000 m² entspreche dem heutigen Gebäudebestand und sei auch von den bisherigen Interessenten vorgesehen gewesen. Mit einem Abstand von derzeit mindestens 120 m liege das bebaute Gelände schon weit vom Ufer entfernt.

Für eine touristische und/oder gesundheitliche Nutzung sei aber gerade die nahe Beziehung Ufer - Gebäude sehr wichtig. Je weiter der Abstand der Gebäude vom Wasser sei, desto schwieriger werde die wirtschaftliche Vermarktung des Geländes. Im Sinne der Wirtschaftsförderung sollten potentiellen Investoren auf dem Gelände auch die richtigen Rahmenbedingungen ermöglicht werden. Durch die Reduzierung der Bebauung auf das seeabgewandte Gelände zwischen Bachstelzenweg und Elmendorfer Straße würden Investo-

ren gezwungen, eine kompaktere und damit auch höhere Bauweise zu planen. Dadurch werde das landschaftliche Erscheinungsbild mehr verändert werden, als durch eine aufgelockerte niedrige Bebauung in den derzeitigen Grenzen, die durch den Bereich außerhalb des Landschaftsschutzgebietes vorgegeben werden.

Sollte dieser Antrag nicht die erforderliche Mehrheit erhalten, stelle die CDU-Fraktion den **Antrag**, über den ursprünglichen Verwaltungsvorschlag abzustimmen. Der Verwaltungsvorschlag sehe einen Abstand vom Ufer von 170 m vor. Die CDU-Fraktion sehe in dem Verwaltungsvorschlag einen Kompromiss zwischen den Vorstellungen und CDU und der SPD.

Für die Abstimmung über diesen Alternativantrag werde eine **geheime Abstimmung** beantragt.

Letztlich bleibe festzustellen, erklärt RM Frau Bruns, dass das von der SPD eingebrachte Eckwertepapier weit hinter dem alten Eckwertepapier zurückbleibe. Eine Bebauung über den Bachstelzenweg in Richtung See solle nur auf Basis eines Konzepts ausnahmsweise möglich sein. Dieses werde ihrer Ansicht nach die Investorensuche erheblich erschweren.

Im Verlaufe der Aussprache verweist RM Frau Bruns auf das vorliegende Tourismusgutachten. Es stehe Stagnation bevor, wenn es der Gemeinde nicht gelinge, zusätzliches Gästeklientel zu erschließen. Durch enge Vorgaben des Eckwertepapiers werde es schwierig werden, Investoren zu interessieren.

GRÜNE Fraktion (Antrag der RM Frau Brettschneider und Autenrieb)

RM Autenrieb greift den Antrag des RM Frau Brettschneider und seiner Person in der Sitzung des PIEnUm vom 28.02.2012 wieder auf und **beantragt**, keine Bebauung zuzulassen, bis die Erkenntnisse aus dem beschlossenen Antrag zur Ermittlung von Fördergeldern und Zuschüssen für Naturschutz- und Renaturierungsmaßnahmen vorliegen. Laut ihren Ermittlungen zu Fördermöglichkeiten für Renaturierungsmaßnahmen bestünden Möglichkeiten einer 100%-igen Förderung. Auf Anfrage habe der Landkreis bereits acht mögliche Förderprogramme genannt. Mittel wären somit vorhanden, das Gelände zu renaturieren und erlebbar zu gestalten. Damit könnten Ausgleichsflächen für ständig neu ausgewiesene Industrie- und Wohnbauflächen in der Gemeinde geschaffen werden. Er verweist auf den ehemaligen Bauernhof in Kayhausen, der als Gewerbefläche ausgewiesen worden sei und die Umwandlung einer ortstypischen Grünfläche in Dreibergen in eine Wohnbaufläche. Die Gemeinde müsse ihren Charakter als Erholungsgebiet erhalten. Sinkende Geburtenraten und ein „niedrigster Stand der Arbeitslosigkeit in Bad Zwischenahn seit 30 Jahren“ würden dieses Wachstum unnötig und unwahrscheinlich machen.

Abschließend **beantragt** er die **namentliche** Abstimmung über den Antrag der RM Frau Brettschneider und Autenrieb.

Auch bei einem Scheitern des Antrages werde man sich weiterhin um den Erhalt der Natur bemühen. Die Bürgerinitiative werde für weitere Flächen des Geländes Naturschutz beantragen. Für die als „Notparkplatz“ des Park der Gärten bekannte Magerwiese sei dies bereits getan worden. Insbesondere den Uferbereich des Zwischenahner Meeres gelte es auch zu schützen, anstatt weitere Anleger, eine Hafenanlage und einen Badestrand vorzusehen. Vorhandene Parkflächen sollten aufgewertet und Freizeitmöglichkeiten in Form von Sand-, Spiel- und Erlebnisflächen für z. B. Beachvolleyball geschaffen werden.

SPD Fraktion

RM Hinrichs weist darauf hin, dass die Forderung, das BWK-Gelände von einer Bebauung freizuhalten, gänzlich den Zielsetzungen der SPD-Fraktion widerspreche und daher nicht mitgetragen werden könne. Die SPD-Fraktion verfolge bei einer Nachnutzung des Geländes das Ziel des weitgehenden Erhalts des Landschaftsbildes im ufernahen Bereich und der Schaffung von Angeboten, die zur nachhaltigen wirtschaftlichen Stärkung der Gemeinde beitragen. Dazu seien die im Eckwertepapier genannten Möglichkeiten, wie Hotellerie, Technologie- und Wissenschaftspark oder Einrichtungen im Gesundheitsbereich geeignet. Das schließe nach Ansicht der SPD-Fraktion nicht aus, ggf. auf Teilflächen Ideen der Bürgerinitiative umzusetzen. Dieses lasse das Eckwertepapier bereits jetzt ohne weitere Ergänzungen zu. Allerdings dürfe der Auftrag an die Verwaltung, Fördermöglichkeiten zu prüfen, nicht als Hebel genutzt werden, um die Planungen auf dem BWK-Gelände zu blockieren. Dem Antrag der RM Frau Brettschneider und Autenrieb könne nicht zugestimmt werden.

Die SPD-Fraktion werbe für den Beschlussvorschlag aus der Fachausschussdiskussion. Dieser weise große Übereinstimmungen mit dem Verwaltungsvorschlag auf, der auch von der CDU-Fraktion als Kompromissvorschlag angesehen werde. Der Vorwurf, dass die Möglichkeiten von Investoren zu sehr eingeschränkt würden, sei zu entkräften, führt RM Hinrichs weiter aus. Für die Ausnutzbarkeit der Grundstücke sei alleinige Vorgabe, dass die die Gebäudehöhe maximal 13 m betragen dürfe. Diese Vorgabe ermögliche eine Dreigeschossigkeit, bisher sei in Teilbereichen eine Ein- oder Zweigeschossigkeiten möglich gewesen. Diese Änderungen stellten ein erhebliches Zugeständnis an die Investoren dar. Die maximale Grundfläche von 20.000 m² ermögliche eine Verdopplung der bisherigen Bau-masse. Der Bauteppich werde nicht beschränkt. Für Investoren bestehe die Möglichkeit, Planungen vorzulegen, die bis an das Landschaftsschutzgebiet heranreichen. Der Beschlussvorschlag sei offener als der Verwaltungsvorschlag, in dem ein Mindestabstand von 170 m vom See benannt ist. Eine Bebauung östlich des Bachstelzenweges werde in Ausnahme möglich sein. Allerdings sollte geprüft werden, ob sich die Maßnahme verträglich in das naturnahe Landschaftsbild einfüge. Bei dieser Prüfung sollte sich durchaus an den Rahmenbedingungen des Verwaltungsvorschlages orientiert werden, wie Eingeschossigkeit, aufgelockerte Bau-Form, abnehmende Baudichte zum See und Abstand. Bei der östlichen Seite des Bachstelzenweges sollten besondere Bewertungskriterien greifen, die Frage der wirtschaftlichen Vermarktung dürfe nicht das alleinige Kriterium sein.

Die SPD-Fraktion habe immer die Auffassung vertreten, erklärt RM Hinrichs, dass bei der Bepanung dieses Geländes nicht nur ökonomische Gesichtspunkte eine Rolle spielen dürfen, sondern gleichrangig auch ökologische Aspekte zu berücksichtigen seien. Man sei überzeugt, dass mit dem modifizierten Eckwertepapier die richtigen Rahmenbedingungen für eine zukunftsorientierte Planung des Geländes vorliegen.

Während sich der Rat über die Investorenfreundlichkeit streite, liege seiner Meinung nach ein Hemmnis für interessierte Investoren an den Vergabemodalitäten der BlmA. Gesucht werde ein Investor für das ganze Gelände. Zielführender sei es, auch für Teilflächen Bewerbungen zuzulassen. Nur so könnten Nutzungsarten mit geringem Flächenbedarf realisiert werden. Er habe positiv aufgenommen, dass die BlmA bei einem beschränkten Angebotsverfahren durchaus mehrere Investoren zulassen könne. Die Gemeinde sollte sich aktiv in die Verhandlungen einbringen. Bei einer gemischten Nutzung könnten auch Projekte der Bürgerinitiative Berücksichtigung finden. Unterschiedliche Nutzungen würden nicht nur die Vermarktung des Geländes erleichtern, sondern auch eine nachhaltige gemeindliche Entwicklung an dieser Stelle verwirklichen.

FDP Fraktion

RM Dr. Witt erklärt für die FDP-Fraktion, das Tor zur Zukunft des BWK-Geländes stehe offen. Er hoffe, dass ein Investor gefunden werde. Mit dem vorliegenden Entwurf des Eckwertepapiers habe die Gemeinde ihre Aufgaben erfüllt. Die FDP-Fraktion halte eine Erweiterung der Vorgaben des Eckwertekataloges für sinnvoll und **beantrage**, die Formulierung „Grünverbindung zwischen der offenen Landschaft in Richtung Meer“ statt der bisherigen Formulierung (Park der Gärten und dem Meer) vorzusehen. Er halte es für notwendig, dass die Offenheit des Geländes dort erhalten bleibe. Dies sei auch für die Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzbereichen wichtig. Auch die Ergebnisse der Diplomarbeit von Frau Langenbruch sollten ausgewertet und einbezogen werden.

UWG Fraktion

RM Dehnert spricht sich für die UWG-Fraktion gegen eine geheime Abstimmung aus. Es sollte offen über den zweiten CDU-Antrag abgestimmt werden. Die Mitglieder der UWG-Fraktion hätten sich im Vorfeld der Beratungen viele Gedanken gemacht, in welche Richtung die Planung gehen solle und teilweise auch eigene Vorschläge für die Verwertung des BWK-Geländes eingereicht. Der jetzt vorliegende Änderungsvorschlag der SPD finde die Zustimmung der UWG.

GRÜNE Fraktion

RM Schlüter erklärt, die Fraktion GRÜNE werde mehrheitlich dem vorliegenden Beschlussvorschlag zustimmen. Eine vernünftige, landschaftsverträgliche Entwicklung des Tourismus sei wichtig für die Gemeinde. Über die Größe der Gebäudekomplexe sei bei Vorliegen von Konzepten zu beraten.

Stellungnahme BM Dr. Schilling

Die Verwaltung arbeite auf Grundlage der Beschlüsse des Rates, macht BM Dr. Schilling deutlich. Das zunächst beschlossene Eckwertepapier des Rates sei mit großer Mehrheit beschlossen worden. Der BImA sei es mit zwei Angebotsverfahren nicht gelungen, einen Käufer zu finden. Aufgrund der öffentlichen Diskussion und den Beratungen in den Gremien bei dem bisherigen Vergabeverfahren habe die Verwaltung einen Kompromissvorschlag erarbeitet. Die Verwaltung nehme eine Mittlerrolle ein um eine breite Mehrheit für dieses wichtige Planungsvorhaben der Gemeinde zu erreichen. Er werde sich bei den zur Abstimmung vorliegenden Anträgen enthalten, um im weiteren Verfahren möglichst alle Fraktionen einbeziehen zu können. Es müsse die Basis für eine gesunde und wirtschaftlich erfolgreiche Nutzung des BWK-Geländes geschaffen werden, die gleichzeitig Rücksicht auf das LSG nehme. Die Gemeinde müsse sich als verlässlicher Partner darstellen. Im weiteren Verfahren werde man sich intensiv an den Gesprächen mit möglichen Investoren beteiligen.

Der Erwerb des Geländes durch die Gemeinde sei insbesondere wegen des hohen Schuldenstandes nicht finanzierbar. Haushaltsrechtlich sei es nicht darstellbar, auch die Kommunalaufsicht werde einem Vorhaben in dieser Größenordnung nicht zustimmen. Der Erwerb des Geländes sei auch wettbewerbsrechtlich nicht unproblematisch.

Eine erste Prüfung der Fördermöglichkeiten scheitere u. a. auch an fehlenden konkreten Planungen. Fördermittel für Detailmaßnahmen könnten erst für das Jahr 2013 gestellt werden, für dieses Jahr seien die Fördertöpfe bereits überzeichnet.

Zu dem Antrag der FDP-Fraktion erklärt BM Dr. Schilling, dass das Eckwertepapier vorgebe den Park der Gärten in einer Grünbeziehung an das BWK-Gelände anzubinden. Die beantragte freie Landschaft zum See hin schränke die Möglichkeiten von Investoren weiter ein. Im Ammerland habe man generell eine herrliche Landschaft, Gäste und Einheimische fühlten sich wohl. Das bedeute jedoch nicht, dass man diese prosperierende Region nicht weiterentwickeln müsse.

Allgemeine Aussprache

RM Autenrieb zeigt sich positiv überrascht über die bisherige Diskussion. Er sehe eine Annäherung bezüglich Gestaltung des Geländes. Er halte es für sinnvoll, eine Fachgruppe einzusetzen, damit schwammige Regelungen konkreter gefasst werden können. Aufgabe der BImA sei es nach seinen Recherchen nicht nur, Grundstücke zu verkaufen und einer wirtschaftlichen Nutzung zuzuführen, sondern es würden auch Renaturierungsmaßnahmen für Naturschutzmaßnahmen unterstützt. Zu den Hinweisen des Bürgermeisters erklärt er, er sehe heute durchaus eine große Mehrheit für einen Ratsbeschluss. Voraussichtlich werde nur eine Fraktion nicht dem vorliegenden Beschlussvorschlag zustimmen.

RM Kellermann-Schmidt verweist darauf, dass man in dem schönen Ort Rostrup viele Möglichkeiten habe, die Landschaft zu nutzen. Wenn die Bundeswehr auf dem Gelände ein neues Krankenhaus gebaut hätte, wäre man auch nicht dagegen gewesen. Einer Renaturierung der Fläche könne er nicht zustimmen. Er könne die Auffassung der Antragsteller Frau Brettschneider und Autenrieb nicht nachvollziehen. Es sei für ihn wichtig, dass durch eine wirtschaftliche Nutzung des Geländes neue Arbeitsplätze entstehen. Die in der Sitzung des PlEnUm am 28.02.2012 genannte Einrichtung eines Bürgerparks sei mit einem jährlichen Aufwand von 400.000 € bis 500.000 € durch die Gemeinde nicht finanzierbar. Die CDU möchte mit ihrem Antrag ermöglichen, eine landschaftlich verträgliche, aber auch wirtschaftliche Nutzung des Geländes zu erreichen. Nach dem Eckwertepapier seien auch Technologie- oder Wissenschaftseinrichtungen möglich.

RM Janßen erklärt, unabhängig vom Abstimmungsergebnis über den Antrag der FDP werde die Fraktion den Antrag der SPD unterstützen.

RM Köster zeigt sich erleichtert, dass die bisher favorisierte Konzeptlösung nicht umgesetzt werden könne. Bei den Nutzungsüberlegungen habe man auch Verantwortung für die bestehenden Hotels zu übernehmen. Aber auch die Fraktion GRÜNE wolle einen funktionierenden Tourismus in der Gemeinde und dass sich die Gäste hier wohlfühlen. Durch die vorgeschlagenen Änderungen des Eckwertepapiers werde eine positive Entwicklung möglich.

Abstimmungen:

Der erste Antrag der CDU-Fraktion wird mit 13 Ja-Stimmen und 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Verfahrensantrag auf geheime Abstimmung über den zweiten Antrag der CDU-Fraktion, den ursprünglichen Beschlussvorschlag der Verwaltung zu beschließen, erhält die nach der Geschäftsordnung erforderliche 1/3-Mehrheit der Ratsmitglieder. 13 Ratsmitglieder sprechen sich für die geheime Abstimmung aus.

Es wird eine geheime Abstimmung durchgeführt mit folgendem Ergebnis:

13 Ja-Stimmen
23 Nein-Stimmen
1 Stimmenthaltung

Damit ist der zweite Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt.

Der Verfahrensantrag der Ratsmitglieder Frau Brettschneider/Autenrieb, für ihren Antrag eine namentliche Abstimmung vorzusehen, erhält bei 6 Ja-Stimmen nicht die erforderliche 1/3-Mehrheit der Ratsmitglieder. Es wird somit offen abgestimmt.

Der Antrag der Ratsmitglieder Frau Brettschneider/Autenrieb wird bei 4 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt.

Der Antrag der FDP-Fraktion wird mit 15 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde beschließt das vorgelegte Eckwertepapier (**Anlage 1**). Es soll für die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben die Grundlage für die weitere Vermarktung der Liegenschaft des ehemaligen Geländes des Bundeswehrkrankenhauses in Rostrup bilden.

Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, umfassende Informationen zu Fördergeldern und Zuschüssen zu Naturschutz- und Renaturierungsmaßnahmen einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	23
Nein-Stimmen:	12
Stimmenthaltungen:	2

4.4 Haushalt 2012

a) Haushaltssatzung

b) Stellenplan

c) Investitionsprogramm 2012 bis 2015

- WuFF vom 19.12.2011 (Protokoll Nr. 7), TOP 4 -

- WuFF vom 13.02.2012 (Protokoll Nr. 15), TOP 6 -

- VA vom 24.01.2012 (Protokoll Nr. 14), TOP 7.1 -

- VA vom 28.02.2012 (Protokoll Nr. 18), TOP 7.3 -

Vorlage: BV/2011/172 und BV/2011/177

Vorlage: BV/2012/018

Stellungnahme Kämmerer

FBL Oeljeschläger erklärt, der neu gewählte Rat entscheide über den ersten Haushalt dieser Wahlperiode. Deshalb finde die Verabschiedung jetzt im Frühjahr statt. Der Haushalt für 2013 werde wieder im Dezember 2012 verabschiedet.

Der Haushalt sei insgesamt ausgeglichen und die Gemeinde handlungsfähig. Inhaltlich

habe der Haushalt in den Vorberatungen im Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Tourismus sowie im Verwaltungsausschuss bereits eine breite Zustimmung erfahren. Der Haushalt 2011 konnte dank hoher Gewerbesteuer-Einnahmen und höherer Einnahmen aus dem Finanzausgleich des Landes mit einem Überschuss von 3,5 Mio. € abgeschlossen werden.

Der Ergebnishaushalt (ldf. Haushalt und Ressourcenverbrauch) sei ausgeglichen und schließe positiv mit 10.100 € ab. Die Hauptaufgabe der Haushaltsplanung sei daher erfüllt.

So sei die Gewerbesteuer mit 7,4 Mio. € zwar hoch veranschlagt, aber gegenüber dem Rekordergebnis 2011 noch um 2,6 Mio. € niedriger. Auch die Schlüsselzuweisungen des Landes sind mit 3,2 Mio. € im Ansatz 2012 rd. 1,6 Mio. € niedriger als 2011. Diese Fahrstuhleffekte von niedrigen Zuweisungen aufgrund hoher Steuerkraft in den Vorjahren, führen immer wieder zu Verwerfungen im Haushalt. Für das Jahr 2013 sind dann wieder höhere Einnahmen aus dem Finanzausgleich und eine Verbesserung der Gesamtsituation zu erwarten.

Der Finanzhaushalt, in dem die Liquidität und die Investitionsfinanzierung dargestellt werden, konnte leider nicht ausgeglichen werden. Der Finanzhaushalt schließe mit einem negativen Saldo von 600.000 € ab. Das bedeute, die Gemeinde müsse zur Finanzierung aller Ausgaben einen Kassenkredit in dieser Höhe aufnehmen. Für Investitionen sollen in diesem Jahr rd. 5,7 Mio. € ausgegeben werden, dem stünden kalkulierte Einnahmen von 3,3 Mio. € gegenüber. Das Saldo von 2,4 Mio. € müsse kreditfinanziert werden. Dieses bedeute eine Neuverschuldung von 755.000 €, in den Folgejahren gehe die Verschuldung aber wieder zurück.

Die Gemeinde befinde sich nicht mehr in der Haushaltssicherung, ein Haushaltsausgleich für 2012 konnte erreicht werden. Der Konsolidierungskurs müsse jedoch beibehalten werden.

Stellungnahme der CDU-Fraktion

RM Frau Bruns führt aus, die CDU Fraktion beurteile den Haushalt als vorsichtig und realistisch. Vorsichtig, weil in den Fachausschüssen jeder Cent umgedreht wurde unter dem Aspekt „müssen wir es haben oder ist es schön zu haben“. Realistisch sei der Haushalt, weil notwendige Investitionen vorgenommen werden, die zu einer Neuverschuldung von 755.000 € führen. Zwar sei man nicht mehr in der Haushaltssicherung, die CDU-Fraktion werde jedoch an den Beschlüssen des Haushaltssicherungskonzeptes festhalten, um den Schuldenabbau voranzutreiben. Es gelte weiterhin, überflüssige Infrastruktur abzubauen. Der Verkauf des nicht dringend benötigten Fußballplatzes in Rostrup sei eine Maßnahme zum Abbau von Infrastruktur und auch der Wunsch des Baubetriebshofes, eine Halle für 80.000 € sei abgelehnt worden mit dem Hinweis, günstigere Unterstellmöglichkeiten für Maschinen, Fahrzeuge zu suchen. Außerdem sei der Ausbau der Straße „Vor dem Moor“ in das nächste Jahr zurückgestellt worden, was zu einer Haushaltsentlastung von 400.000 € geführt habe. Sie erinnere an dieser Stelle an den kontrovers diskutierten Vorschlag, nicht benötigte Spielplätze zu verkaufen. Diese Maßnahme habe 2011 zu Einnahmen von 1 Mio. € geführt.

Notwendige Infrastruktur müsse aber auch erhalten werden. Sobald es die Haushaltslage wieder zulasse, würden weitere Straßen und Radwege saniert. Aus dem ILEK-Programm, das zusammen mit der Stadt Westerstede und der Gemeinde Edewecht erarbeitet wurde, seien Fördermittel eingeworben worden. Daraus sollen zunächst neue Radständer angeschafft werden. Wichtig sei auch die Ausweisung der neuen Gewerbefläche östlich der Feldlinie (ehem. Wemkenhof). Die Erweiterung diene sowohl dem Betriebserhalt als auch der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dies sei wichtig für die Zukunftsperspektiven ansied-

lungswilliger, junger Familien. Wichtig sei der vorgesehene Ausbau von Krippenplätzen in Petersfehn und auch die Realschule werde weiter saniert.

Es bleibe zu hoffen, erklärt RM Frau Bruns weiter, dass die Gemeinde mit dem Schuldenstand über den Berg sei und der Kämmerer Recht behalte, dass die Schulden bis 2015 auf 26,7 Mio. € absinken. Die vorgesehene Nettoneuverschuldung für 2012 könne die CDU-Fraktion angesichts der genannten notwendigen Investitionen mittragen.

Stellungnahme der SPD-Fraktion

RM Mickelat erklärt, nach dem Krisenhaushalt 2010 mit erheblichen Einnahmeverlusten, zweimaligen Steuererhöhungen und einem Haushaltssicherungskonzept folgte ein zunächst ausgeglichener Haushaltplan 2011 mit letztlich einem Überschuss im Ergebnishaushalt von 220.000 €. Der Haushaltsvollzug 2011 gestaltete sich sehr zufriedenstellend, seit Mai 2011 seien keine Liquidationskredite mehr aufzunehmen und der Schuldenstand konnte verringert werden. Die Verringerung des Schuldenstandes sei weiterhin vorrangiges Ziel und müsse konsequent verfolgt werden. Allerdings sei Mitte 2011 schon deutlich geworden, dass die Haushaltberatungen für 2012 nicht einfach würden. Die hohen Einnahmen in 2011 führen zu einem verringerten Finanzausgleich in 2012.

Im investiven Bereich seien trotzdem Mittel bereitzustellen, um Arbeitsplätze zu sichern, die Steuereinnahmen mindestens zu stabilisieren und die Gemeindeentwicklung voranzubringen. Diesen Zielsetzungen entspreche der vorliegende Haushaltsentwurf für 2012 nur in Teilbereichen. Geringere Einnahmen seien zu erwarten und die Kreisumlage erhöht worden. Insgesamt führe dies zu einer Neuverschuldung von 755.000 €. Erst in 2013 bestehe die Aussicht auf eine bessere Gesamtsituation der Gemeindefinanzen. Die Haushaltsdisziplin liege in der Verantwortung der Verwaltung und des Gemeinderates. Die SPD-Fraktion sei sich dieser hohen Verantwortung bewusst und werde entsprechend handeln. Ein Teil des „Tafelsilbers“ sei im Rahmen der Haushaltssicherung bereits verkauft worden und es wurde ein Erlös von 1,4 Mio. € erzielt.

Trotz dieser negativen Vorzeichen für das Haushaltsjahr 2012 werde die Gemeinde in notwendigem Maße Investitionen vorsehen. Er führt einige Beispiele auf, wie den Brandschutz im Jugendzentrum und in der Grundschule Rostrup, die Erschließung des Gewerbegebietes in Kayhausen, die Sanierung des Portsloger Damms. Aus Verpflichtungsermächtigungen würden weitere Flurbereinigungsmaßnahmen im Fintlandsmoor oder die Erweiterung von Krippenplätzen ermöglicht. Insgesamt stehe ein Betrag von 5,7 Mio. € für Investitionen zur Verfügung. Die Haushaltsberatungen wurden diszipliniert durchgeführt und keine weitergehenden Anträge gestellt, im Gegenteil, Maßnahmen konnten zurückgestellt werden (80.000 € Baubetriebshof, 400.000 € Ausbau Straße „Vor dem Moor“).

Die von allen Ratsmitgliedern beschlossene „Schuldenbremse“ werde nicht gelockert und im investiven Bereich müsse verantwortungsvoll geplant und gehandelt werden. Aufgrund der allgemeinen Wirtschaftslage seien die Aussichten für 2012 nicht so schlecht und der Hoffnungsschimmer für die mittelfristige Finanzplanung lasse auf bessere Zeiten hoffen. Die SPD-Fraktion werde dem Haushalt und der mittelfristigen Finanzplanung zustimmen.

Stellungnahme der Fraktion GRÜNE

RM Köster erklärt, die Umstellung auf den doppischen Haushalt falle nicht leicht, die Doppik biete jedoch auch neue Erkenntnisse. Trotz des hohen Schuldenstandes sei die Gemeinde nicht „pleite“, denn es seien erhebliche Eigenkapitalmittel vorhanden. Die Gemeinde werde einen Überschuss von 10.100 € erwirtschaften können, anderen Städten und Gemeinden gehe es schlechter. Erfreulich seien die geplanten Investitionen im Bereich der

energetischen Sanierung. Der Verkauf der Spielplätze habe zwar erhebliche Einnahmen gebracht, er halte diese Maßnahme jedoch nach wie vor für nicht angebracht. Er sei glücklich über die Entscheidungen der vergangenen Jahre, z. B. das Rathaus oder das Haus Brandstätter nicht zu verkaufen. Schrittweise sei es gelungen, die Haushaltssituation zu verbessern, alle Fraktionen hätten daran mitgewirkt. Problematisch sehe er die Entwicklung der Kreisumlage, die Umlage sei in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen. Der Rat habe sich diszipliniert, der Kreis werde immer teurer. Dieses könne nicht so weitergehen. Die Fraktion GRÜNE werden dem Haushaltsentwurf 2012 zustimmen.

Stellungnahme der FDP-Fraktion

RM Dr. Witt sieht die Haushaltssituation der Gemeinde als nicht grundlegend verbessert an. Der Schuldenstand liege bei rd. 30 Mio. €, die Neuverschuldung in 2012 bei rd. ¾ Mio. €. Diese Entwicklung sei jedoch auch fremdbestimmt durch weniger Einnahmen aus den Finanzausgleichsmitteln und einer erhöhten Kreisumlage. Zu einer verantwortungsvollen Politik gehöre, in allen Bereichen Einsparungen vorzusehen. Doch wer wolle schon auf den Badepark, das Hallenbad oder sonstige Einrichtungen verzichten. Der Erfolg der Gemeinde hänge von der weiteren Entwicklung der Gemeinde ab. Der Tourismus als zweitwichtigster Wirtschaftsfaktor der Gemeinde sei zu stärken. Durch eine aktive Wirtschaftsförderung seien Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer zu erwarten.

Stellungnahme der UWG-Fraktion

Die UWG sei bei der Kommunalwahl angetreten mit dem Ziel, die Schulden zu reduzieren, um die Handlungsfähigkeit der Gemeinde zu erhalten. Es seien gute Ansätze vorhanden, leider habe man die Kreisumlagenerhöhung von 1 Punkt schlucken müssen. Die UWG sei zufrieden mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf.

Allgemeine Aussprache

RM Janßen dankt für die gute Aufbereitung der Haushaltszahlen. Durch Kürzung der Haushaltsansätze im Rahmen der Fachausschuss-Beratungen sei es gelungen, die Neuverschuldung von ursprünglich 1,5 Mio. € auf 755.000 € zu reduzieren. Letztendlich sei der Haushalt ausgeglichen, trotz der geplanten Investitionen, z. B. der Erweiterung des Gewerbegebietes in Kayhausen. Hier können neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Eine sinnvolle Investition sei auch die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Leuchten, die zu erheblichen Einsparungen bei den Stromkosten führe. Er werde dem Haushalt zustimmen und hoffe, dass die Prognosen der Kämmerei einträfen.

RM Dr. Martin begrüßt die Erweiterung des Industriegebietes. Es sei wichtig, in die Sanierung von Straßen-, Rad- und Fußwegen zu investieren. Ziel sei es für ihn, die Verschuldung 2013 auf 30 Mio. € zu reduzieren. Allerdings seien in 2012 voraussichtlich erhebliche Einbußen bei den Einnahmen zu verzeichnen, die Gemeinde gehe bei ihren Schätzungen von optimistischen Orientierungsdaten aus. Bei Gewerbesteuersätzen von 360 %, den höchsten im Ammerland, hätten Gewerbetreibende bereits jetzt Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Gewerbetreibenden. Grundsätzlich sei die Gemeinde aber auf einem guten Weg, alle Fraktionen hätten konstruktiv zusammengearbeitet.

RM Schlüter sieht den Haushaltsentwurf für alle als tragfähig an. Er hätte es sich allerdings gewünscht, dass bei der Frage des Ökostroms für die Grundschulen es ermöglicht worden wäre, die eingesparten Mittel von rd. 1.000 € in Lieferung von Ökostrom zu investieren.

Beschluss:

Der Haushalt 2012 inkl. Haushaltssatzung und Stellenplan sowie das Investitionsprogramm 2012 bis 2015 werden in der vom Verwaltungsausschuss vorgelegten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	35
Nein-Stimmen:	-
Stimmenthaltungen:	2

- 20 -

4.5 Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen
- VA vom 28.02.2012 (Protokoll Nr. 18), TOP 7.4 -
Vorlage: BV/2012/024

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde stimmt der Annahme der Spenden an die Schulen und den Badepark mit einem Wert über 2.000 € zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 20 -

4.6 Errichtung einer Photovoltaikanlage in Ekern
hier: weiteres Verfahren
- VA vom 28.02.2012 (Protokoll Nr. 18), TOP 7.5 -
Vorlage: BV/2012/028
Vorlage: BV/2012/028/1

Die RM Warnken, Schlüter und Hinrichs begrüßen die Errichtung der Photovoltaikanlage in Ekern. Für die mittlerweile als Überschwemmungsgebiet festgesetzte Fläche sei es eine sinnvolle und trotz der von der Bundespolitik angekündigten Kürzungen hoffentlich noch eine wirtschaftliche Nutzung.

RM Autenrieb spricht sich für den Erhalt des kleinen Baumbestandes am Rande der Fläche aus.

Auf die Frage des RM Janßen zu den Fördermodalitäten erklärt FBL Oeljeschläger, die Gemeinde sei auch überrascht worden von der kurzfristigen Ankündigung der Kürzungen. Man beabsichtige die Maßnahme bis zum 30.06.2012 zu realisieren und hoffe auf Übergangsvorschriften bei den angestrebten Kürzungen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die gemeindeeigene Fläche im Gewerbegebiet Ekern-Süd im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung zur Verpachtung anzubieten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- I, 23/80 -

- 4.7 **Antrag des Kreissportbundes Ammerland e. V.**
hier: Beteiligung an den Sitzungen des Sportausschusses
- KultSportA vom 23.01.2012 (Protokoll Nr. 13), TOP 4 -
- VA vom 28.02.2012 (Protokoll Nr. 18), TOP 7.7. -
Vorlage: BV/2011/180

Beschluss:

Der Antrag des Kreissportbundes Ammerland e. V. auf Beteiligung an den Sitzungen des Kultur- und Sportausschusses der Gemeinde Bad Zwischenahn wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 35
Nein-Stimmen: -
Stimmenthaltungen: 1

- 10, 40 -

- 4.8 **Berufung von Feuerwehrführungskräften in das Ehrenbeamtenverhältnis**
- VA vom 28.02.2012 (Protokoll Nr. 18), TOP 7.8 -
Vorlage: BV/2012/021
Vorlage: BV/2012/021/1

Beschluss:

Dem Rat der Gemeinde beruft für die Feuerwehr Ohrwege Herrn Holger Meints zum Ortsbrandmeister und Herrn Christian Seeberg zum stellv. Ortsbrandmeister jeweils für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis.

Zum Ortsbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr Kayhauserfeld wird Herr Patrick Zemke unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die Dauer von sechs Jahren ernannt. Bis zur Erfüllung der erforderlichen Dienstzeit (18.02.2013) soll ihm die Funktion des Ortsbrandmeisters der Einheit Kayhauserfeld kommissarisch übertragen werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 35
Nein-Stimmen:
Stimmenthaltungen: 1

- 32 -

4.9 Widmung der historischen Wegeverbindung zwischen Metjendorf und Ofen
- VA vom 24.01.2012 (Protokoll Nr. 14), TOP 7.2 -
Vorlage: BV/2012/007

Beschluss:

Nachfolgende Widmungsergänzung der „**August-Hinrichs-Straße**“ wird gemäß § 6 des Niedersächsischen Straßengesetzes (NStrG) als Gemeindestraße (Ortstraße) für den öffentlichen Verkehr beschlossen:

<u>Straßenname</u>	<u>Straßenart/-nummer</u>	
Widmungsergänzung „August-Hinrichs-Straße“	O	34
(nach Umschlüsselung neu)	O	1206)

Die Widmungsergänzung der August-Hinrichs-Straße mit der Widmungsbeschränkung als Fuß- und Radweg in einer Breite von 2,50 m, die in der der Beschlussvorlage beigefügten Anlage 1 grau schraffiert dargestellt ist, erstreckt sich auf

- a) eine Teilfläche des bereits gewidmeten Flurstücks 21/13 der Flur 48, Gemarkung Bad Zwischenahn sowie auf
- b) eine im Gemeindegebiet von Bad Zwischenahn gelegenen Teilfläche des Flurstücks 58/6 der Flur 40, Gemarkung Wiefelstede.

Anfangspunkt: nördl. Straßenbegrenzung (Eckausrundung August-Hinrichs-Straße) des Flurstücks 21/13 der Flur 48, Gemarkung Bad Zwischenahn
Endpunkt: Gemeindegrenze zwischen den Gemeinden Bad Zwischenahn und Wiefelstede
Gesamtlänge: ca. 15 m

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 66 -

4.10 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 51 -Elmendorf-
hier: Behandlung des Ergebnisses der öffentlichen Auslegung sowie Satzungs-
schluss
- PIEnUm vom 14.02.2012 (Protokoll Nr. 16), TOP 9 -
- VA vom 28.02.2012 (Protokoll Nr. 18), TOP 7.9 -
Vorlage: BV/2012/001

Beschluss:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 51- Elmendorf - mit örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung und der dazugehörigen Begründung vorgetragenen Anregungen werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung behandelt.
2. Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 51 - Elmendorf - mit örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung wird als Satzung mit der dazugehörigen Begründung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	34
Nein-Stimmen:	2
Stimmenthaltungen:	-

5 Anfragen und Hinweise

5.1 Änderung der Geschäftsordnung

RM Frau Bruns kündigt einen Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung an. Bei der Abstimmung von Anträgen sollte nicht die zeitliche Reihenfolge maßgebend sein sondern der Inhalt (weitestgehender Antrag).

5.2 Baumfällaktionen

Eine besorgte Anwohnerin des Heiderosenweges habe auf die Baumfällaktion am Heiderosenweg hingewiesen, berichtet RM Schlüter. Es seien nur noch Restbestände stehen geblieben.

RM H. Dierks erklärt, er könne dem Hinweis wegen des Heiderosenweges beipflichten. Außerdem habe er gehört, dass auch bei der Sanierung eines Teilstücks des Portsloger Damms Bäume gefällt werden sollen.

FBL Meyer weist darauf hin, dass es sich beim Heiderosenweg nicht um eine Maßnahme der Gemeinde sondern der Ammerländer-Wasseracht handele, die Bäume stehen auf Flächen der Ammerländer-Wasseracht. Es gehöre zu den satzungsmäßigen Aufgaben der Wasseracht, die verbandseigenen Gewässer zu unterhalten und die Oberflächenentwässerung sicherzustellen. Deshalb müssen Gräben auch aufgereinigt werden. Zur Maßnahme Portsloger Damm erklärt FBL Meyer, dass die Straße in dem Teilbereich zwischen der Alpenrosenstraße und dem Birkenweg grundlegend saniert werde und eine Vollauskoffierung des Moores notwendig sei. Nach Beendigung der Bauarbeiten seien Ersatzpflanzungen vorgesehen, wie dieses auch schon am Birkenweg geschehen sei.

RM Langner erinnert daran, dass früher jeder Anlieger selbst für die Gräben zuständig gewesen sei. Die Ammerländer-Wasseracht habe die Aufgabe, die Oberflächenentwässerung sicherzustellen.

RM Dr. Witt empfiehlt einen Hinweis an die Ammerländer-Wasseracht, hinsichtlich der Unterrichtung der Anlieger über anstehende Maßnahmen.

RM Dehnert ist der Auffassung, dass auch der Baubetriebshof manchmal Bäume zu stark beschneide oder sogar fälle.

FBL Meyer bittet um Verständnis für die vorgenommenen Rückschnitte. Die Gemeinde habe die Verkehrssicherungspflicht für mehr als 35.000 Bäume zu tragen. Ein Beschneiden oder in Einzelfällen auch beseitigen von Bäumen sei notwendig, wenn eine Gefährdung bestehe. Außerdem seien in den vergangenen Jahren, insbesondere an den Ortseingängen, eine Vielzahl von Bäumen angepflanzt worden.

5.3 Umgestaltung Badestrand im Kurpark

RM Autenrieb berichtet von einem vor einiger Zeit veröffentlichten NWZ-Artikel über die Umgestaltung des Badestrandes im Kurpark. Er frage sich, wann es realisiert werden solle.

BM Dr. Schilling erklärt, das Projekt sei zurückgestellt worden, da keine Fördermittel bereitgestellt wurden. Im Übrigen weist er darauf hin, dass es sich hierbei um eine Maßnahme der Kurbetriebsgesellschaft handele.

- BM -

6 Einwohnerfragestunde (ca. 18:00 Uhr)

6.1 Nachfolgenutzung für das BWK-Gelände

Eine Einwohnerin kritisiert die geheime Abstimmung zu einem Antrag. Es sei wichtig, Ratsentscheidungen transparent zu treffen.

Auf die weitere Frage der Einwohnerin zur Nutzung des Uferbereiches erklärt BM Dr. Schilling, dass auf eine schonende Ufernutzung geachtet werde. Die Umweltverträglichkeit von Maßnahmen werde bei jeder Änderung oder Aufstellung von Bebauungsplänen geprüft, so auch im anstehenden Bauleitplanverfahren für die Nachfolgenutzung des BWK-Geländes. Zunächst müssten konkrete Planungen vorliegen. Die Folgen eines Eingriffs müssten detailliert ermittelt werden, gleichzeitig müsse eine Bestandsaufnahme von Natur und Landschaft vorgenommen werden. Bei einem Eingriff seien Ausgleichsmaßnahmen vorzusehen.

Eine weitere Einwohnerin erinnert an den bestehenden Landschafts- sowie E+E-Plan. Die Planinhalte seien zu berücksichtigen. Wichtig sei auch, dass der Seerundwanderweg erhalten bleibe.

FBL Meyer weist darauf hin, dass die Fläche des Seerundwanderweges bei einem Verkauf des Geländes in das Eigentum der Gemeinde übergehen werde. Der Weg sei außerdem öffentlich gewidmet.

Ein Einwohner begrüßt die sachliche Debatte der Fraktionen in der heutigen Ratssitzung. Er sei verwundert über den Antrag der Bürgerinitiative, den vom Park der Gärten genutzten Parkplatz unter Naturschutz zu stellen. Eine Nutzung sei dann sicherlich nicht mehr möglich.

RM Autenrieb erklärt, der Antrag an die Untere Naturschutzbehörde beinhalte nicht die gesamte Fläche sondern den Notparkplatz.

- 61 -

Nicht öffentlicher Teil

Ratsvorsitzender Finke schließt die Sitzung.

Finke
Ratsvorsitzender

Dr. Schilling
Bürgermeister

Schüll
Protokoll